

Obersten Gerichtes war, nicht noch Urteile gefällt haben, die rechtswidrig waren, und dafür zur Verantwortung gezogen werden müßten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Wir müssen jetzt das Kunststück fertigbringen, daß wir in einer guten Viertelstunde noch alle Wortmeldungen, die sich aus der Enquete-Kommission ergeben haben, abwickeln. Vielleicht kann ich die Vertreterinnen und Vertreter der Enquete-Kommission bitten, daß sie auf manche inhaltliche Dinge noch einmal reagieren. Unrechtsbereinigungsgesetz, Rehabilitierung, Entschädigung waren ja Begriffe, die immer wieder genannt worden sind. Wenn Sie vielleicht aus Ihrer Sicht dazu noch etwas sagen können?

Wir haben noch eine Wortmeldung aus dem Plenum. Bitte.

Peter Stimming: Mein Name ist Peter Stimming. Ich vertrete den Bund der Stalinistisch Verfolgten, Landesverband Berlin.

Ich möchte doch noch einmal daran erinnern, daß in diesem ersten Unrechtsbereinigungsgesetz viele Leute und viele Bürger vergessen worden sind. Da sind die deportierten Frauen, die auch schon erwähnt worden sind, und die deportierten Männer aus den Ostgebieten. Die haben sehr Schweres durchgemacht und sind meistens erst in den fünfziger Jahren wiedergekommen und wurden danach auch hier diskriminiert. Das zieht sich durch das ganze Leben. Sie sind erst deportiert worden, haben die schwere Zeit in den russischen Lagern mitgemacht, sind danach hierhergekommen und konnten keine richtige Ausbildung machen, und sie sind im Endeffekt jetzt auch wieder diejenigen, die mit den niedrigen Renten dastehen. So sieht das aus.

Andere Leute, die sich angepaßt haben, dicke Bonzen waren, kriegen jetzt die hohen Renten, mindestens 2.000 DM. Das ist eine sehr große Ungerechtigkeit diesen Leuten gegenüber.

Eine zweite Gruppe, die auch nicht berücksichtigt worden ist, sind zum Beispiel die Angehörigen der in den kommunistischen Konzentrationslagern nach 1945 Umgekommenen. Zu dieser Gruppe gehören 80.000 Menschen, die in den kommunistischen Konzentrationslagern auf dem Gebiet der DDR umgekommen sind. Deren Angehörige, die Witwen und Waisen, die damals die schwere Zeit durchmachen mußten, haben bisher keinen Pfennig gesehen und kriegen auch nach dem Gesetz nichts. Das ist eine große Ungerechtigkeit. Wir werden in dieser Angelegenheit vor das Verfassungsgericht ziehen. – Das sind die zwei Gruppen, die besonders stark betroffen sind.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank für die Ergänzung. – Ich lese jetzt einmal die Wortmeldungen derjenigen vor, die ich mir aufgeschrieben habe: Herr Dehnel, Herr Krause, Frau Michalk, Herr Schröder,

Herr Meckel, Herr Ullmann. Habe ich noch jemand vergessen? – Frau Wilms.

Herr Dehnel, bitte.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Wir sind natürlich alle sehr beeindruckt von den Schilderungen der Schicksale. Ich möchte Bezug nehmen auf Herrn Hussock und Herrn Köhler, die hier beide über Gruppen gesprochen haben. Herr Köhler hat über einen Einzelfall gesprochen, und zwar geht es um die Frauen der Verschleppten. Da kann ich eine Empfehlung geben.

Wir haben ja nicht nur die Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag, sondern auch den Petitionsausschuß. Ich empfehle Ihnen, das Sie einmal eine Petition an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages übergeben. Wir haben sogar drei Mitglieder in der Enquete-Kommission, die das entsprechend begleiten würden. Ich glaube, da würden wir am ehesten zu einem Erfolg kommen. – Ich weiß nicht, ob Sie das schon getan haben.

(Herr Köhler: Das haben wir getan!)

Peter Stimming: Wir haben schon mehrere Petitionen an den Petitionsausschuß geschrieben. Bisher ist das alles negiert worden. Wir haben ausweichende Antworten bekommen und konnten damit nichts anfangen. Wir sind an die Zeitung gegangen, wir haben den Petitionsausschuß angeschrieben. Wir haben einen Aufruf an den Bundespräsidenten geschickt, an den Bundeskanzler, an sämtliche Ministerpräsidenten – speziell im Hinblick auf die deportierten Frauen – und haben versucht, auch auf den Bundesrat Einfluß zu nehmen, aber die Opfer sind eben zu schwach. Das ist der Ausdruck. Wir schaffen es aus finanziellen Gründen nicht, bei den Leuten Gehör zu finden. Wir haben vorhin von Herrn Bude gehört, es sind 0,23 % vom Haushalt für diese ganze sieben Jahre vorgesehen. Sollen denn all die Leute erst sterben, um eine biologische Lösung zu finden?

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Darf ich Sie daran erinnern, daß wir die Regeln des Parlamentarismus einhalten? Wir hatten die Aussprache im Plenum eigentlich geschlossen und wollten jetzt hören, was die Damen und Herren Abgeordneten sagen. Wenn wir dann noch ein bißchen Zeit haben – wir sind wirklich im Druck –, dann würde ich Sie noch innerlich und äußerlich vormerken. – Jetzt hat Herr Dehnel wieder das Wort.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ich möchte zur Richtigkeit noch bemerken, daß ich Herrn Russow und Herrn Köhler mit ihren beiden Fällen gemeint hatte.

Dann hätte ich noch eine Frage an Herrn Wolf. Wie stellen Sie sich zu den Geschichtsdaten 17. Juni 1953, August 1968, Mauerbau 1961 und dann zum Mauerfall 1989?

Abg. Dr. Krause (Bonese) (CDU/CSU): Gestatten Sie, daß ich jetzt nicht

auf diese ganzen aufwühlenden Sachen eingehe, sondern auf einen anderen Punkt.

Herr Professor Wolf, ich war von 1957 an in Leipzig, im Thomanerchor, und habe die letzte Ausbildung an der Universität Leipzig zum Fachtierarzt 1987 gemacht. 1965 kamen wir im Universitätschor in Kontakt mit einem früheren Oberassistenten des Prof. Bloch. Er hat uns damals in einer sehr offenen Weise in einige philosophische und personelle Hintergründe der Leipziger Universität eingeführt.

1968 hatten wir in der tierärztlichen Fakultät einen früheren Mitarbeiter von Grotewohl, Prof. Nuus, der sich in sehr eindeutiger Weise an die Seite von Dubcek gestellt hatte. Außerdem hatte ich dann Gelegenheit, mit Schlegel und einigen anderen Kollegen von dieser tierärztlichen und landwirtschaftlichen Fakultät zusammenzukommen – es waren Politökonomien –, die uns in einer sehr offenen Weise, die eigentlich für sie hätte gefährlich sein müssen – aber offensichtlich war das Umfeld so –, in ökonomische Zusammenhänge eingeführt haben und uns zum Fachtierarztstudium 1985 und 1987 mit ganz objektiven Zahlen vorgerechnet haben, daß die DDR-Wirtschaft in vier Jahren pleite ist, daß also die Investitionen fast ausschließlich in die Braunkohle gehen, daß über solche Dinge wie die Verlängerung der normativen Nutzungsdauer der Verschleiß vorprogrammiert ist, daß Anfang der achtziger Jahre das Dreifache des Zuwachses am realen Nationaleinkommen zusätzlich nach Rußland, in die Sowjetunion exportiert würde, daß der Außenhandelsumsatz mit Rußland zwar um 0,8 %, aber der Export bis zu 24 % stieg, das heißt also, daß der Import ständig zurückgegangen war.

Ich will damit also sagen, daß es an der Universität Leipzig unter den politischen Ökonomen, die ja alle SED-Leute waren – und das sage ich als einer, der bestimmt nicht dem linken Flügel der CDU angehört, absolut nicht –, durchaus einige gab, die uns dort schon in einer gewissen Weise auf den ökonomischen Untergang der DDR vorbereiteten.

Damit das jetzt nicht als Loblied ausklingt: Um so enttäuschter war ich, als meine Tochter Maria als frischgebackene Studentin dann von der ersten Demonstration 1989 kam und von den 900 Studenten dieser Sektion Tierproduktion/Veterinärmedizin gerade vier Studenten waren, die sich regelmäßig an den Demonstrationen beteiligt haben. Es gab eine Studentenpresse, die widerlicher rot als in den schlimmsten Ulbrichtzeiten war.

Es gab aber unter demselben Dach der Universität auf der einen Seite Politökonomien, die den Studierenden – wir waren damals Fachtierärzte, also etwa 40 Jahre – ganz offen, mit nüchternen Zahlen gesagt haben, wo die Karre hinläuft – es war also dort in Leipzig in diesen Kreisen bekannt –, aber auf der anderen Seite haben sich die Studenten Ende der achtziger Jahre, wie gesagt, an der Revolution nicht beteiligt. Es gab eine opportunistische,

angepaßte Studentenschaft, die eigentlich im völligen Widerspruch zu dem stand, was dort unter diesen Ökonomen schon erkannt wurde.

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank. Darf ich vielleicht die anderen, bevor Sie reden, noch einmal bitten, jetzt keine neuen eigenen Erlebnisse zu bringen, sondern ein bißchen unserer inhaltlichen Linie zu folgen?

Wie haben Sie damit gelebt? Wie können wir an die verdeckten Strukturen stärker herankommen, wie können wir das besser offenlegen? Welche Verletzungen habe ich gehabt, und wie versuche ich, damit selber fertig zu werden? – Also nicht noch neue Erlebnisse. – Frau Michalk und dann Herr Schröder.

Abg. Frau Michalk (CDU/CSU): Ich möchte doch zunächst erst einmal sagen, daß all die Forderungen und auch Kritiken, die jetzt aus dem Auditorium gekommen sind, zum großen Teil berechtigt sind. Ich denke, wir sind uns aber einig, daß man das Unrecht der vierzig, fünfundvierzig Jahre eben nicht mit einem Schritt – und wenn dieser Schritt auch zwei, drei Jahre umfaßt – bewältigen kann. Wir haben gerade das erste Unrechtsbereinigungsgesetz verabschiedet.

Ich denke, viele der Anregungen, die heute hier genannt worden sind, werden mit Sicherheit Gegenstand der Diskussion zum zweiten Unrechtsbereinigungsgesetz und aller Dinge, die damit in Verbindung stehen, sein.

Ich möchte zwei andere Anliegen unter der Maßgabe des von dem Vorsitzenden Gesagten hier noch ansprechen. Wir haben heute viel darüber gehört, wie man Kinder mißbraucht hat, wie man sie benutzt hat, wie Lehrer es erlebt haben, wie Eltern darunter gelitten haben, wie man insgesamt eben in diesem Zeitraum und gerade in den ersten Jahren der Kindheit Einfluß auf die Menschen genommen hat, die jetzt in diesem Land leben. Wenn wir uns in dieser Kommission mit der Vergangenheit beschäftigen, dann tun wir das ja für unsere Zukunft.

Meine Frage ist – vielleicht können Sie, Frau Pohl, das auch noch einmal aus Ihrer Sicht beantworten –: Wie können wir es schaffen, daß, was in unseren Kindern und Jugendlichen eigentlich kaputtgemacht worden ist, was sich ja jetzt auch in aller Öffentlichkeit und auch in allen Konsequenzen zeigt, abzubauen helfen, das heißt, Hilfestellungen zu geben?

Wie können wir dieses Finden des eigenen Ich besser unterstützen – nicht nur als Politiker, sondern als Menschen und als Eltern insgesamt?

Das zweite Problem, was ich meine, geht Sie an, Herr Professor Wolf. Sie haben unter anderem gesagt, daß Sie sich in Ihrer Zeit auch mit Methoden der studentischen Ausbildung beschäftigt haben. Ich weiß, daß in dieser Zeit, gerade in den siebziger, achtziger Jahren, da wirklich eine Methode an den Hoch- und Fachschulen angewandt wurde, die ja weiß Gott den Menschen nicht geholfen hat, sich überhaupt zurechtzufinden, wenn sie dann in die Praxis

gekommen sind: Diskussionen theoretischer Art. Ich stelle die Behauptung auf, daß alles nur theoretisch abgehandelt worden ist.

Wenn Studenten den Mut hatten – und zum größten Teil waren es eben dann die Fernstudenten, die ja parallel in der Praxis gearbeitet haben –, dann hinterfragten sie dieses Planungssystem so kritisch und zeigten mit Beispielen, wie es in dem bösen Kapitalismus funktioniert, dann belegten sie, daß es so schlimm gar nicht sein kann, wie es uns in der Theorie immer nahegelegt worden ist. Da hat man doch völlig falsche Grundlagen gelegt. Ich denke, so dumm können doch die Leute nicht gewesen sein, die diese Pläne erarbeitet haben, die diese Strategien erarbeitet haben, anzunehmen, daß die Menschen nicht dahinterkommen. Der Widerstand war ja da.

Ich möchte einfach von Ihnen wissen, was der Hintergrund für diese rein theoretische Methode des Lernens war.

Sv. Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder: Ich möchte auch eine Frage an Frau Pohl stellen, weil in ihrer Darstellung die Verständigungsschwierigkeiten zwischen West und Ost in gewisser Weise zum Ausdruck kommen.

Sie hatten berichtet, daß die Namen der Eltern des Kindes, bei dem dieses Bild gefunden wurde, der Betriebsleitung mitgeteilt wurden. Da stellt sich für einen westlichen Betrachter die Frage: Mußte man das nicht aushalten?

Ich komme deswegen darauf, weil ich in den letzten Wochen in einem ganz ähnlichen Fall von einer Lehrerin angesprochen worden bin, die sagte, sie sei zweimal zur Schulleitung bestellt worden. Ich fragte: Was ist dann passiert? – Da sagte sie, die Erlebnisse seien für sie so schwierig; sie wolle sich nicht weiter damit beschäftigen.

Es muß irgendwie etwas Atmosphärisches dahinterstehen, was man im Westen wenig begreift. Man fragt sich gelegentlich: Sind die Menschen in der DDR vielleicht zu schnell einem Drohmechanismus erlegen, hinter dem dann letztlich doch weniger steckt? Was steckt dahinter? Was war das Klima, das diese auf den ersten, äußeren Blick eigentlich durchaus als aushaltbar erscheinenden Maßnahmen so bedrohlich machte?

Abg. Meckel (SPD): Ich muß noch einmal die Frage ansprechen, wie wir diese ganzen Probleme aufnehmen und weiter verarbeiten.

Ich würde den Vorschlag machen, daß die Dinge, die heute hier zu dem Stichwort des Unrechtsbereinigungsgesetzes – ein schreckliches Wort – angesprochen worden sind, vom Sekretariat zusammengestellt werden, daß vieles noch einmal beraten und mit einer entsprechenden Empfehlung an den Rechtsausschuß, der sich ja konkret mit diesen Dingen befaßt, weitergegeben wird.

Das zweite, was hier sehr konkret angesprochen worden ist, ist die Frage von Herrn Beleites: Wie kann hier eine entsprechende Benachteiligung, die ja eine sehr breite war, in eine gezielte Förderung umgesetzt werden, damit die

Betroffenen meinetwegen bis zum Alter von 40 oder 50 Jahren BAföG o.ä. bekommen? Diese Förderung sollte dann aber so gezielt erfolgen, daß derjenige, der sie bekommt, dann auch nicht an den internen Studienabläufen kaputtgeht.

Es geht darum, in der Nachfolge des heutigen Tages zu sehen, was man ganz konkret gesetzlich tun kann. Dies sollte als Empfehlung der Enquete-Kommission dann an die Länder gehen, die ja zuständig sind, um hier entsprechende Förderungsregelungen zu treffen. – Dies beides für unsere weitere Arbeit.

Danke schön.

(Beifall)

Abg Dr. Ullmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe zwei Fragen an Prof. Wolf, und dann werde ich noch etwas zu dem Thema der Unrechtsbereinigungsgesetze auf der Spur sagen, die von Herrn Meckel gewiesen worden ist.

Herr Dr. Wolf, Ihre Darstellung war für mich besonders eindrucksvoll, weil ich das alles sehr gut nachvollziehen konnte, was Sie da über Ihre eigene Tätigkeit gesagt haben. Aber gerade deswegen stellt sich mir die Frage: War dieses Neue Ökonomische System wirklich eine Chance nach dem Mauerbau?

Ich bin kein Fachmann auf Ihrem Gebiet und habe immer die Meinung gehabt und habe sie noch, daß angesichts der wirtschaftlichen Verflechtungen, die es in der modernen Welt schon seit dem Ende der Weltkriege gibt, eine Ökonomie, die sich so abgrenzt, wie das die sozialistischen Länder auch im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe getan haben, tatsächlich eben nicht auf das Niveau kommen und die Flexibilität erreichen kann, die man braucht.

Zweite Frage: Können Sie etwas zur Rolle von Herrn Wolfram Krause sagen, der ja der Autor des ersten Treuhandgesetzes ist, welches wiederum die Vorlage für das zweite Treuhandgesetz der Volkskammer vom 17. Juni 1990 geworden ist? Es wird ja heute ständig leidenschaftliche Kritik an der Treuhand geübt; es wird dabei aber meist vergessen, daß die Struktur, die sich jetzt äußerst hemmend auswirkt, ja aus DDR-Konzepten stammt.

Nun etwas zu den Unrechtsbereinigungsgesetzen. Es ist schon einigermaßen aufregend für unsereinen, die Diskussion heute mit anhören zu müssen. Die Kritikpunkte, die hier vorgetragen worden sind, sind ungefähr vor einem Jahr vom BÜNDNIS 90 bereits dem Bundesjustizministerium vorgelegt worden. Ich denke, einige der hier anwesenden Opferverbände beziehungsweise deren Vertreter werden sich noch an die Anhörungen erinnern, die hier in diesem Hause vor reichlich einem Jahr auf unsere Anregung hin stattgefunden haben.

Ich sage das, um noch einmal deutlich zu machen: Hier ist ja schon einmal eine Schlacht gekämpft worden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU,

zum Teil auch unter Mithilfe Ihrer Kollegen im Rechtsausschuß. Aber wir haben in all diesen Punkten verloren, und zwar sind wir in erster Linie am Widerstand des Finanzministeriums gescheitert.

Frau Michalk, Herr Dehnel, ich kann Ihnen nur eines sagen: Der Entwurf des zweiten Unrechtsbereinigungsgesetzes sieht so aus, daß die Hoffnungen, die Sie jetzt haben, in keiner Weise berechtigt sind. Ich denke, man muß auf jeden Fall, wenn man hier noch etwas erreichen will, auch aus dem Nichtfunktionieren des ersten Unrechtsbereinigungsgesetzes heraus

(Beifall)

den Weg beschreiten, den Herr Meckel vorgeschlagen hat. Es gibt nur noch diese beiden Möglichkeiten – entweder eine Verfassungsklage, der ich aber wegen der schwierigen Rechtslage nicht allzu viele Chancen beimesse, oder die Enquete-Kommission tut hier, wozu sie da ist, und macht der Rechtsprechung Beine,

(Zustimmung)

wie es in diesem Falle nötig ist, und sagt ihrerseits: Wir haben wiederum festgestellt, so geht es nicht.

Ich will dabei vor allen Dingen den krassesten Fall herausheben. Das sind jene vorhin erwähnten Deportierten von jenseits der Oder. Hier ist uns – dem Rechtsausschuß auch – wirklich übel mitgespielt worden. Wir haben schon dafür gekämpft, daß sie im ersten Unrechtsbereinigungsgesetz Berücksichtigung finden, haben dann schließlich auf die Zusage, daß bei dem geplanten Kriegsfolgenbereinigungsgesetz, dessen Entwurf wir ja längst im Bundestag beraten haben, diese Gruppe angemessen berücksichtigt wird, vertraut. Was stattgefunden hat, ist ein Verweis auf die Stiftung. Die Betroffenen sind antragsberechtigt; das ist alles. Das kann man in keiner Weise eine angemessene Berücksichtigung nennen.

Ich kann nur sagen, das war ein schlimmes Spiel, was die Regierung hier mit dem Rechtsausschuß getrieben hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich hoffe, daß die Enquete-Kommission uns hier noch einmal eine Möglichkeit gibt, die Diskussion wieder aufzunehmen und diese dringend erforderlichen Nachbesserungen vorzunehmen.

(Beifall)

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich glaube, wir sind alle sehr beeindruckt von dem, was wir heute an Einzelschicksalen gehört haben. Ich bedauere sehr, daß doch relativ wenig Presse da ist. Ich bin überzeugt, wenn hier einige der ehemaligen „Größen“ der SED oder der Stasi gewesen wären, wäre auch Presse hiergewesen. Wenn der normale Bürger mit seinen Sorgen, mit seinen Problemen, mit seinen Schicksalen angehört wird, dann findet das leider in unseren Medien auch nicht den Anklang, den das Ganze verdient.

(Beifall)

Ich möchte aber ausdrücklich sagen, daß das nach meiner Meinung nicht daran liegt, daß nicht genügend Vorarbeit geleistet worden ist, sondern das ist so, daß Presse dann springt, wenn prominente Namen, wenn Knüller geboten werden, und offensichtlich sind die Einzelschicksale des normalen Bürgers eben nicht der Presseknüller, den man erwartet.

Das zweite: Ich möchte mich sehr gern Herrn Meckel anschließen und sagen, daß das, was hier noch an vielfältigen Problemen aufgelistet wurde und in den Schicksalen zum Ausdruck kam, von uns jetzt sehr schnell in der Nacharbeit zur heutigen Anhörung und zur morgigen Anhörung noch einmal subsumiert werden muß und daß wir – Herr Ullmann, ich teile Ihre Meinung – unserer Aufgabe gerecht werden und diese Punkte noch einmal in die zuständigen Ausschüsse hineinbringen müssen. Das Hauptproblem ist, soviel ich weiß – ich bin nicht in diesen Ausschüssen tätig gewesen –, tatsächlich das Finanzproblem. Hier beißen sich eben die Anforderungen des Wiederaufbaus in den neuen Bundesländern mit den in meinen Augen auch berechtigten Wiedergutmachungsansprüchen, die die einzelnen Menschen haben. Wir sollten aber hier noch einmal miteinander tätig werden, wohl wissend – denke ich –, daß man Leid und Krankheit und seelische Bedrückung nicht mit Geld wiedergutmachen kann. Ich glaube, auch das müssen wir noch einmal sagen.

Ich möchte zu zwei Punkten noch etwas sagen, die im Laufe der Diskussion heute Nachmittag angesprochen worden sind. Einer der Herren aus dem Plenum hat gesagt: Es doch alles bekannt. – Ja, ich bin auch der Meinung, es war vieles von den Repressionen auch bei uns in der alten Bundesrepublik bekannt, aber vieles fand auch kein Interesse mehr. Auch dieses muß einmal sehr deutlich gesagt werden. Manche Publikation, die erschienen ist – auch von Organisationen, die hier vertreten sind – fand auch kein Interesse mehr, wurde nicht mehr abgenommen. Auch Broschüren des innerdeutschen Ministeriums fanden keine Abnehmer mehr; dafür interessierte sich niemand mehr. Auch darüber werden wir sicher noch einmal zu einem anderen Zeitpunkt sprechen.

Zu dem einem Herrn, der den Besuch von Honecker im Jahr 1987 erwähnte: Wir werden in der Kommission selbstverständlich auch über diese innerdeutschen Beziehungen sprechen, und Sie finden das in den Unterlagen auch ausgedruckt. Wir werden und ganz sicher auch über die Situation in der alten Bundesrepublik Deutschland unterhalten. All dies steht an.

Lassen Sie mich nur die eine Bemerkung machen: Wenn man von dem roten Teppich, der für Honecker ausgerollt worden ist, spricht, dann muß man genauso auch von der Rede sprechen, die Bundeskanzler Kohl abends in der Godesberger Redoute gehalten hat, in der er auf die Freiheit und den Wunsch

nach Einheit der Deutschen hinwies, auch darauf, daß wir uns mit der Mauer nie abfinden würden.

(Beifall)

Diese Rede von Helmut Kohl ist – Sie erinnern sich vielleicht noch – über alle Sender gelaufen, auch über die Sender der damaligen DDR. Das war eine Vorbedingung. Insoweit, denke ich, muß man diesen Besuch Honeckers sehr differenziert sehen. Daß er uns schwergewunden ist, dürfen Sie uns bitte abnehmen. Ich wollte nur erwähnen, daß man dann das ganze Spektrum sehen muß.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Herr Meckel noch nur einen Satz, und Herr Hansen zwei kurze Sätze.

Abg. Meckel (SPD): Ich wollte mich noch einmal kurz zu dem Stichwort Öffentlichkeit äußern. Ich denke, daß man mit dem, was hier kritisch gesagt wurde, ausgesprochen recht hat. Ich bin sicher, daß es vom Interesse her eine große Öffentlichkeit gegeben hätte, daß aber nicht entsprechend informiert worden ist. Die Information über die heutige Veranstaltung war ausgesprochen schlecht bis katastrophal. Dies betrifft die Kurzfristigkeit; das betrifft die Information in der Öffentlichkeit. Ich denke, daß die Berliner und die Leute, die im Umland leben oder weitere Reisen gern gemacht hätten, diesen heutigen Termin auch gern wahrgenommen hätten, wenn sie davon gewußt hätten.

Ich denke, da muß einiges geändert werden. Diese Jacke sollten wir uns anziehen. Man darf jetzt nicht einfach die Presse beschimpfen. Ich denke, es sind auch eine ganze Reihe von Journalisten hiergewesen. Die haben es gewußt, doch nicht die Bevölkerung.

(Zustimmung)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Es sind auch noch etliche hier, und denen sollte unser Beifall gelten. Es sind eben Leute, die nicht mit der Kamera herumlaufen, sondern sehr viel und intensiv mitschreiben. Sie sitzen da oben. – Herr Hansen, bitte.

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich wollte jetzt nicht zu den internen Arbeitstechniken der Enquete-Kommission kleinkariert nachkarten, sondern gern ein Wort aufgreifen, das ein Herr in der Nachmittagsrunde gesagt hat. Das möchte ich gern noch einmal zitieren: „Die im Westen“ – und ich füge ein, ich komme selber aus dem Westen – „müssen auch in sich gehen und auch einiges hinzulernen.“ Für mich ist das, verzeihen Sie mir diese westliche Perspektive, ein sehr wesentlicher Satz – neben all dem selbstverständlicherweise Wesentlichen und nur Schmerz Auslösenden, was wir gehört haben.

Die Opferanhörung heute stand gewissermaßen in einem inhaltlichen Kontext

mit der Täteranhörung, die wir in einigen Wochen in einem auch sehr beziehungsreichen Raum in dieser Hauptstadt möglicherweise haben werden.

Die Kommission ist immer wieder aufgerufen – das ist für mich die Quintessenz eines Tages im Laufe von einem halben Jahr –, sich nicht nur darauf zu beschränken, immer nur die Vergangenheit so zu sehen, daß sie die Vergangenheit der einen Hälfte oder des einen Teils Deutschlands ist. Es ist auch hier deutlich geworden: Es geht, verdammt noch einmal, alle an. Insofern bin ich eigentlich sehr dankbar, daß auch mit Blick auf die gewünschten Konsequenzen, die gezogen werden sollen – etwa mit Blick auf den Rechtsausschuß oder insgesamt den Gesetzgeber – dies die Angelegenheit aller im Osten wie im Westen ist. Das wollte ich gerne einfach noch einmal bestätigt haben.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank, Herr Hansen. – Jetzt möchte ich gern all denjenigen, die hier vorn gesessen haben, noch die Möglichkeit zu einem kurzen Schlußwort geben, auch Ihnen, Herr Dr. Wolf; auch wenn Sie aus meiner Sicht sechs Anfragen bekommen haben, müssen Sie – denke ich – jetzt nicht zu jeder Frage noch einmal dezidiert antworten. Vielleicht gelingt es Ihnen in einer kurzen, zusammenfassenden Weise, darauf zu reagieren, weil uns die Zeit in der Tat wegläuft. Wir sind schon überfällig.

Jeder hat noch einmal das Wort. Frau Pohl, Sie sind auch zweimal gefragt worden. Vielleicht können Sie darauf dann gleich reagieren und dann noch etwas zum Schluß sagen. – Wer möchte anfangen?

Edeltraut Pohl: Ich kann nicht sagen, was in den Betrieben den Eltern passiert ist, weil wir in der Schule nie den Rücklauf bekommen haben, weil die Eltern ja nicht das Vertrauen zur Schule hatten und nicht gekommen sind.

Ich weiß aus Erfahrung – als ich schon nicht mehr in der Schule war –, daß ein Vater in eine andere Dienststelle versetzt worden ist. Ich weiß auch von Hausbewohnern aus dem Haus, in dem ich wohne, daß immer Erkundigungen über uns eingezeichnet worden sind. Welche Folgen das eventuell für uns hatte, werde ich feststellen, wenn ich vielleicht irgendwann einmal in meine Unterlagen einsehen kann. Von daher kann man dazu im Augenblick gar nicht soviel sagen.

Ich denke, die Antwort auf die andere Frage, wie man Kindern und Jugendlichen vielleicht helfen kann – ich habe viel mit Jugendlichen bei uns zu tun –, ist, daß man versucht, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Die sind zum Teil eigentlich schizopren erzogen worden. Zu Hause wurde ihnen gesagt: Sagt bitte in der Schule nicht, wie wir jetzt darüber reden. – Oftmals oder meistens wurde zu Hause anders geredet als in der Schule. Jetzt ist also für sie eine Welt zusammengebrochen. Wem sollen sie denn nun glauben? Von den Eltern wurden sie so erzogen, daß ihnen gesagt wurde: Sagt nur nicht,

wie wir wirklich zu Hause denken. – In der Schule hatten sie zu den Lehrern auch kein Vertrauen. Es ist also schwierig.

Ich glaube, man muß eine Vertrauensbasis aufbauen und den Kindern oder den Jugendlichen auch eine Chance geben, irgendwo eine Perspektive zu haben – Freizeitangebote und dergleichen. Wichtig ist immer, daß man mit ihnen im Gespräch ist. Das ist also ganz wichtig, auch untereinander, daß dort Vorurteile abgebaut werden, daß sie sich gegenseitig akzeptieren können.

Im Augenblick verkriechen sie sich – zumindest stelle ich es bei unseren Jugendlichen oft fest –, wenn sie nicht aggressiv sind, in so eine Ecke, ziehen sich in eine Nische zurück. Das ist das eine.

Das andere: Ich denke, es gibt auch Jugendliche – da kommt es eben auf das Elternhaus an, wie sie zu Hause erzogen worden sind oder wie mit ihnen geredet worden ist –, die einen Neuanfang starten. Mein Sohn hat jetzt das Abitur nachgemacht. Der ist fast so alt wie Sie. Der hat sich noch einmal auf die Schulbank gesetzt und hofft, daß es klappt, noch einmal zu studieren. Bei meiner Tochter wird es vielleicht auch klappen.

Ich denke, es kommt darauf an, welches Verhältnis wir selber zu den Jugendlichen aufbauen.

Prof. Dr. Herbert Wolf: Ich bitte um Verzeihung, wenn ich mich zu einigen Fragen wirklich ganz kurz fasse. Zunächst zu den drei Daten, die genannt worden sind. 17. Juni 1953: Meine Auffassung ist, daß dies – ich glaube, das ist inzwischen auch durch die historischen Materialien belegt – eine gesellschaftlich verbreitete Bekundung des Arbeiterunmuts mit dem gegebenen System war, mit mehreren Einschränkungen meiner Meinung nach. Aber das würde jetzt zu weit führen. Ich will sie vielleicht nur antippen.

Die erste: Es hat bis zuletzt von oben aus Dummheit oder wie auch immer provokative Dinge gegeben. Es wurde vor dem 17. Juni etliches bereinigt, aber die Normerhöhung nicht zurückgenommen, die die Arbeiter natürlich auf die Barrikaden brachte.

Zweitens: Ich war selbst an den Diskussionen damals beteiligt und habe sehr oft gehört: Sozialismus ja, aber nicht mit dem Ulbricht. – Das ist also eine Frage, die man meiner Meinung nach mit zur Kenntnis nehmen muß.

August 1968: Das war meiner Meinung nach a) – ich habe das vorhin angedeutet – die internationale Bekundung, daß die Zeit der Reformen aufzuhören hat, und b) war es eine – ich muß es so nennen, es tut mir leid – rein imperialistische Abgrenzung der Interessensphären zwischen USA und UdSSR, weil nämlich die CSSR zur Interessensphäre der Sowjetunion gerechnet wurde, und infolgedessen wurden die tschechischen Reformer allein gelassen.

Was den Mauerbau angeht, so konnte man in den ersten Jahren – ich gestehe es offen und, wenn Sie so wollen, meinetwegen auch selbstkritisch – annehmen,

es sei eine normale Grenzsicherung, die man mit normaler Grenzkontrolle und beiderseitiger Durchlässigkeit haben könnte. In dem Moment aber, wo dies das Einsperren des ganzen Volkes bedeutete, offenbarte es die Pleite dieses Systems.

Auf die Frage von Herrn Ullmann, ob das NÖS eine Chance hatte, will ich nur mit einer These antworten – mit einem Angebot verbunden. Nach meiner festen Überzeugung hat es in den ersten Jahren, mindestens 1963 bis 1965, vielleicht bis 1966 und 1967 hinein eine echte Chance zu gegeben, einen menschlichen, einen freiheitlichen, einen effizienten, einen attraktiven Sozialismus aufzubauen, aber nicht mit einer nationalen Autarkie. Das ist nach meinem Dafürhalten einer der Gründe für den Selbstmord Apels gewesen, ich will das hier direkt aussprechen –, weil er eine andere Konzeption hatte. Ich bin gern bereit – das ist mein Vorschlag –, dazu vielleicht in unserer Enquete-Kommission einmal 10 Minuten oder eine Viertelstunde lang im Zusammenhang darzutun, was meine persönlichen Erfahrungen sind, denn ich war damals sozusagen im engsten Kreis damit befaßt.

Ich bitte mich von der Beantwortung der Frage nach Wolfram Krause zu entbinden. Ich bin gern bereit, Herr Ullmann, mit Ihnen persönlich darüber zu sprechen. Er ist hier heute nicht anwesend. Ich kann dazu sagen: Ich kenne ihn seit 1963 in den verschiedensten Funktionen und habe keine sehr hohe Meinung von ihm. – Genügt das vielleicht in der Eile?

Nun zu den Fragen, die Herr Krause aufgeworfen hat. Ich habe sie eigentlich mehr als Feststellungen genommen. Es ist für meine Begriffe wichtig: Wenn wir über Filz oder Seilschften oder irgend etwas sprechen, dann tun wir das heute mit gutem Recht in negativem Sinne. Aber es ist auch wahr: Es gab Schulen – zum Beispiel war Herr Schlegel in den fünfziger Jahren unmittelbar einer meiner Mitarbeiter –, es gab eine ganze Reihe von Ökonomen, die in der Tat aus den offiziellen Materialien – aus den offiziellen Materialien, andere waren nämlich verboten – dennoch in der Lehre eine ganze Reihe von für die Studenten wichtigen Dingen abgeleitet haben. Ob sie tief gegriffen und gewirkt haben, weiß ich nicht. Sie haben es selbst gesagt – so ist es in einigen Fragen im Endeffekt doch nicht gewesen.

Zur Frage von Frau Michalk hier auch ein Angebot. Ich will nur sagen: Meine Betätigung bezog sich ausschließlich auf die Ausbildung von Ökonomen, und da ging es um solche Dinge wie scharfe Reduzierung der Pflichtstundenzahl, Einführung von fakultativen und wahlobligatorischen Fächern, Prüfungspraktikum, Vorpraktikum und Berufspraktikum innerhalb dessen. Es ist keineswegs alles durchgegangen, weil das nicht völlig systemkonform war.

Mein Angebot, Herr Passauer beziehungsweise Herr Vorsitzender: Wenn wir das Themengebiet 2 behandeln, könnte man zur Frage, was denn das für Bestrebungen in den letzten Jahren im Hochschulwesen in dieser Richtung waren und welche warum nicht zum Tragen gekommen sind, sprechen. Auch

dazu wäre ich gern bereit, etwas zu sagen, denn ich habe mich über 10 Jahre dort bemüht und bin 1987 mit riesengroßem Krach zurückgetreten, weil ich auch sah, daß ich nicht durchkam.

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Vielen Dank. Das Angebot werden wir sicher annehmen und erst einmal notieren. – Herr Beleites, wollen Sie noch etwas sagen?

Michael Beleites: Ich möchte eigentlich kurz noch einmal den Vorschlag von Herrn Meckel sehr unterstützen, es mit dieser Anhörung heute nicht bewenden zu lassen, sondern zu sehen, wie man das nun aufgreifen und konkret und möglichst rasch in Hilfe, die die Betroffenen erfahren können, umsetzen kann, damit sich die bundesdeutsche Bürokratie für diejenigen, die von der Stasiverfolgung betroffen sind, nicht weiterhin als eine Art Ausführungsorgan von Stasientscheidungen darstellt, sondern damit man hier wirklich rasch zu Erleichterungen kommt.

Ich denke, daß es ja nicht immer um Geld gehen muß. Gerade, um jetzt für berufliche und Bildungsdiskriminierung irgendwie entschädigen zu können, muß man jetzt wirklich danach fragen, welcher Personenkreis betroffen ist, und dieser Personenkreis ist einzugrenzen. Da muß man fragen: Was ist passiert? Wie kann man jetzt zum Beispiel dieser Zeitverzögerung entgegenwirken? Wie kann man auch bestimmte Arbeiten oder Publikationen, die die Leute gemacht haben, in bestimmter Art und Weise anerkennen usw.?

Das, denke ich, ist auch eine Sache, die man von dieser Enquete-Kommission erwartet, daß das nicht so zählebig läuft und sich an irgendwelchen Etatfragen abbremsen läßt. Es gibt viele Dinge, die hier zu regeln wären, die unabhängig vom Geld zu entscheiden sind.

(Beifall der Abg. Angelika Barbe (SPD))

Dr. Jutta Seidel: Ich denke, daß die Leute, die sich gewehrt haben, relativ viele Blessuren davongetragen haben, aber auch viele wertvolle Erfahrungen gemacht haben. Ich denke, daß die Erfahrungen überwiegen.

Ich denke, daß bei dem, was Prof. Schroeder sagte – daß die DDR-Bürger durch die Bedrohungen der Stasi zu schnell den Rückzug angetreten haben; so ähnlich haben Sie es formuliert –, viel Anpassung an die gesellschaftlichen Bedingungen, an vermeintliche Erfordernisse gewesen ist; dies ist im Westen eigentlich genauso.

Wir haben uns neulich mit den Frauen für den Frieden und mit Frauen aus dem Westen nach vielen Jahren das erste Mal wieder getroffen. Wir haben festgestellt, daß wir aufgrund unserer Stasierfahrungen eigentlich für dieses gemeinsame Deutschland besser gewappnet sind als die Westfrauen.

(Beifall)

Ich hoffe, daß wir das irgendwo auch herüberbringen können. Wir werden uns nicht so ganz schnell wieder mit Geheimdiensten einverstanden erklären.

(Beifall)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Ich möchte Ihnen allen herzlich danken, Ihnen, die Sie hier vorn mit mir gegessen haben, mit Zittern und Zagen, aber dieses Zittern und Zagen ist heutzutage die glaubwürdigste Form, öffentlich zu reden, und dieses hat uns sehr wohlgetan. Deshalb möchte ich mich bei Ihnen bedanken, aber auch bei Ihnen allen, die Sie sich am Gespräch beteiligt haben, und übergebe jetzt zum Schlußwort des Wort unserem „großen“ Vorsitzenden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Das Schlußwort ist kein Schlußwort, sondern es sind bloß noch vier Dinge, die einfach am Ende dieses Abends noch gesagt werden müssen.

Das eine ist: Da wir die Zeit überzogen haben, fährt der Bus nicht um 18.30 Uhr ab – dann wäre er längst weg, und wir müßten nach Hohenschönhausen in den Knast laufen. Ich schlage vor, daß wir uns so beeilen, daß wir um 19.15 Uhr unten vor dem Südportal, also vor dem Haupteingang, dann losfahren können.

Nochmals die Einladung an die Journalisten: Journalisten, die unseren Besuch nutzen wollen, um selber dort mit hineinzukommen, können dies tun. Wir können uns dann vor dem Gefängnis in Hohenschönhausen treffen. Allerdings habe ich mich eben noch einmal erkundigt – der Bus ist voll; Sie müßten also Ihr eigenes Fahrzeug nutzen.

Das zweite ist: Weil Sie heute soviel Schelte bekommen haben – Sie sind allerdings einmal schon gelobt worden von Ralf Hirsch, das bezog sich aber auf die Vergangenheit –, möchte ich die Journalisten hier auch öffentlich noch einmal loben. Es sind nämlich heute 51 unter uns gewesen, vier Fernsehteams, die haben hier bloß alle kein Schild auf dem Bauch getragen: Ich bin ein Journalist. Sie sind also besser gewesen, als mancher hier den Eindruck erwecken wollte. Man muß ja außerdem sehen, daß der Honecker-Prozeß heute auch noch läuft. Die haben also arbeitsteilig arbeiten müssen, und dann, finde ich, sind 51 eine ganz ansprechende Zahl. Es sitzen immer noch welche unter uns, ich sehe sie, ich kenne sie schon seit vielen Jahren.

Wir werden damit leben müssen, daß nur dann mehr kommen, wenn Boris Becker und Jim Courier Tennis spielen. Das mag man beklagen, aber es ist so.

Ein Drittes: Ich möchte uns allen danken, die wir hier bis jetzt ausgehalten haben – und ich betone noch einmal, darunter sind auch Journalisten –, und ich möchte Sie einladen – sagen Sie das auch weiter –: Es geht morgen weiter, noch einmal von 9.00 bis 13.30 Uhr; ab 11.00 Uhr etwa wird die Bundestagspräsidentin unter uns sein und dann versuchen, für beide Tage eine Zusammenfassung vorzunehmen. Sie wird sich morgen früh noch über den Verlauf des heutigen Tages informieren lassen.

Einen Satz möchte ich doch noch sagen, weil für meinen Eindruck das Sekretariat ein bißchen Schelte bekommen hat, und zwar öffentlich. Vor mir liegt der „Berliner Kurier“ vom 28. November. Darin wird auf die heutige und morgige Anhörung hingewiesen. Vor mir liegt die „Berliner Zeitung“ von heute mit einem hübschen Foto von Markus Meckel.

(Angelika Barbe (SPD): Sehr spät!)

– Ich will bloß darauf hinweisen, der „Berliner Kurier“ hat es am 28.11. gebracht. Wann Zeitungen was bringen, entscheiden sie – manchmal kann man auch sagen, zum Glück – ein bißchen selber.

Herzliche Einladung also noch einmal: Kommen Sie bitte morgen wieder. Erzählen Sie davon, überlassen Sie das nicht nur den Journalisten. Ich glaube, unser Unternehmen kann nur gelingen, wenn möglichst viele von uns Deutschen – egal, wo sie geboren sind, egal, wo sie in den letzten 30 oder 40 Jahren gelebt haben – sich fragen: Wie war das mit meinem Leben und meinen Erfahrungen in den letzten 45 Jahren?

Herzlichen Dank. Auf Wiedersehen.

Ende der Sitzung 19.08 Uhr